

„Drei-Drittel-Prinzip“ gesichert werden. Für fehlende Mittel im Sozialversicherungsfonds, nachdem die Unternehmen und die Beschäftigten ihren Beitrag geleistet haben, sei die Regierung zuständig. Die Zentralregierung werde die Regionen Zentral- und Westchina sowie die alten Industriestandorte dabei unterstützen, da deren finanziellen Probleme sehr groß seien.

Auch die Wiederbeschäftigung freigesetzter Arbeitskräfte sprach Zhu Rongji in seinem Bericht an. Die Lokalregierungen müssten die freigesetzten Arbeitskräfte aktiv bei der Suche neuer Beschäftigungsmöglichkeiten unterstützen und Berufsausbildungs- und Weiterbildungsprogramme entwickeln. So weit es den Unternehmen möglich ist, sollten diese Arbeitskräfte intern weiterbeschäftigt werden, indem sie ihre Unternehmensaktivitäten in Kern- und Randbereiche aufteilen. Freigesetzte Arbeitskräfte könnten dann in neu geschaffenen wirtschaftlich unabhängigen Einheiten weiterbeschäftigt werden. (XNA, 17.3.00) Diese Vorstellung ist allerdings nicht neu, da bereits viele Unternehmen bestimmte Dienstleistungen vom Hauptgeschäft abkoppeln und dafür freigesetzte Arbeitskräfte einstellen.

Mittelfristig soll die soziale Sicherung der Arbeitskräfte nicht mehr auf betrieblicher Basis erfolgen, sondern überbetrieblich. Zukünftig sollen nicht mehr die Wiederbeschäftigungszentren in den Unternehmen die Garantie für die Lebenshaltungskosten für freigesetzte Arbeitskräfte übernehmen, sondern die freigesetzten Arbeitskräfte sollen eine Arbeitslosenunterstützung erhalten und sich selbst am Arbeitsmarkt um eine neue Beschäftigung bemühen. (XNA, 17.3.00) -schü-

33 Privatsektor fordert mehr Rechte

Während der Sitzungen des NVK war nach einem Bericht der *South China Morning Post* vom 5.3.2000 die Frage der weiteren Entwicklung des Privatsektors von besonderer Bedeutung.

Die Privatunternehmen drängen auf eine Veränderung der Gesetze und Bestimmungen, damit ihre Rolle in

der Wirtschaft besser deutlich wird. Für die Privatunternehmen ist die Gleichstellung mit den staatseigenen Unternehmen und den Unternehmen mit Auslandskapital besonders wichtig. Sie wollen gleichbehandelt und zu allen Branchen zugelassen werden. Aus der Sicht der Privatunternehmen ist die derzeitige Regelung im Wirtschaftsleben nicht mehr haltbar, die nach Unternehmen verschiedener Eigentumsformen unterscheidet. Gesetze und Bestimmungen sollten dagegen nur auf Branchen abgestimmt werden. Statt illegale Gebühren und Steuern zu erheben, sollten die Lokalregierungen den Privatsektor mit Informations-, Finanz-, technischen sowie Ausbildungsdienstleistungen unterstützen.

Inzwischen zählen auch z.B. Stahlwerke, Bauunternehmen, Textilfabriken oder Kaufhäuser zu privaten Unternehmen. Die Gesamtzahl der Beschäftigten im Privatsektor wird mit rd. 102 Mio. Personen angegeben. Nach wie vor jedoch gibt es Privatunternehmer, die aus Furcht vor einem Wandel der Politik ihr Unternehmen als „kollektiv“ registriert haben.

Nach Angaben von Jing Shuping, Vorsitzender der All-China Federation of Industry and Commerce, die den Privatsektor vertritt, trägt der Privatsektor mit 20% zum landesweiten Industrieoutput und mit 37,1% zum Einzelhandelsumsatz bei. Jing teilt die Wirtschaft in drei gleiche Teile auf: den Staatssektor, die nicht landwirtschaftlichen Unternehmen auf dem Lande und den Privatsektor, zu dem Jing auch die Unternehmen mit Auslandskapital zählt.

Die Bedeutung der Privatwirtschaft ist regional sehr unterschiedlich. In manchen süd- und östlichen Regionen Chinas dominieren jedoch schon private Unternehmen. Ein Beispiel hierfür ist Wenzhou in der Provinz Zhejiang. In dieser Stadt beläuft sich der Anteil des Privatsektors auf rd. 80%; nur das Elektrizitätswerk, das Postamt und die Telekommunikation sind in staatlicher Hand.

Eine liberale Politik gegenüber dem Privatsektor verfolgt auch die Provinz Guangdong. Mitte Februar wurde dort von der Regierung beschlossen, neue Wirtschaftsbereiche für Privatunternehmen zu öffnen und damit den

privaten Unternehmen denselben Zugang wie den Unternehmen mit Auslandskapital zu bieten. Hierzu zählen beispielsweise Infrastrukturprojekte, die Informationsindustrie, städtische Dienstleistungen (z.B. Abwasserbehandlung).

Auch im konservativen Beijing hat der Privatsektor inzwischen durchaus eine wichtige Rolle. Er trägt mit 20% zum Einzelhandelsumsatz bei und beschäftigt rd. 1 Mio. Arbeitskräfte bzw. 22% aller Beschäftigten. (SCMP, 6.3.00)

Dass China auch nach rd. 20 Jahren seit Beginn der Wirtschaftsreform noch keinen Privatsektor hat, der gegenüber ausländischen Unternehmen wettbewerbsfähig ist, macht der chinesischen Regierung nach Einschätzung ausländischer Analysten derzeit besondere Sorgen. So wird mit dem Beitritt zur WTO die Gefahr gesehen, dass ausländische Unternehmen in wenigen Jahren eine dominante Rolle in der chinesischen Wirtschaft spielen könnten. Da der Staatssektor nur teilweise konkurrenzfähig werden kann, muss die Regierung demnach dem Privatsektor mehr Rechte zustehen. (AWSJ, 14.3.00)

Im Gegensatz zu seiner wachsenden Rolle ist der Privatsektor jedoch kaum in der Politik repräsentiert. In Beijing z.B. stammen lediglich 12 der insgesamt 774 Delegierten des Stadtparlaments aus dem Privatsektor. (SCMP, 6.3.00) -schü-

SVR Hongkong

34 Verbindungsbüro für in China festgehaltene Hongkonger Bürger

Nach Hongkonger Meldungen wird bei der Obersten Volksstaatsanwaltschaft in Beijing ein Verbindungsbüro eingerichtet, das Hongkonger Bürgern erlauben soll, Nachforschungen über Angehörige anzustellen, die von chinesischen Sicherheitskräften festgehalten werden. Hongkonger Delegierte des Nationalen Volkskongresses sollen jeweils den Kontakt herstellen und die Nachforschungen betreuen.

Mit der Einrichtung des Verbindungsbüros reagiert die chinesische Führung auf sich häufende Klagen aus Hongkong. Danach befindet sich eine steigende Zahl von Hongkonger Bürgern, in erster Linie Geschäftsleute, wegen zumeist zivilrechtlicher Vergehen seit mehreren Monaten oder sogar Jahren in der Hand der chinesischen Justiz. Nicht nur die lange Dauer der Festnahmen, sondern vor allem auch die mangelhafte Informationspolitik der chinesischen Behörden gegenüber den Angehörigen in Hongkong, die die Betroffenen zum Teil für vermisst hielten, gaben Anlass für wachsenden Unmut. Einer offiziellen Quelle gemäß befanden sich Ende 1999 25 Hongkonger auf dem Festland in Gewahrsam; 20 davon wurden bereits seit mehr als sechs Monaten festgehalten (SCMP, 14.3.00). Einer anderen Angabe zufolge seien Einzelpersonen bis zu vier Jahre lang in China festgehalten worden, ohne dass ihre Angehörigen über ihren Verbleib informiert worden wären (Radio TV Hongkong, 14.3.00, nach SWB, 17.3.00).

Ein verbreiteter Grund für die Festnahmen seien finanzielle Streitigkeiten zwischen chinesischen und Hongkonger Geschäftspartnern. Aus Furcht, letztere würden nach Freisetzung ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen, würden sie von lokalen Justizorganen häufig auf unbegrenzte Zeit festgehalten. Als Lösung dieses Problems verhandeln Regierungsvertreter über Möglichkeiten gerichtlicher Zusammenarbeit, die es etwa erlauben würde, dass Hongkonger Geschäftsleute, die in China festgenommen werden, umgehend nach Hongkong zurückkehren und die zivilrechtlichen Verfahren von Hongkonger Gerichten übernommen werden (SCMP, 15.3.00).

Hongkonger Vertreter äußerten aber ihren Vorbehalt, dass eine solche Zusammenarbeit zwischen chinesischen und Hongkonger Gerichten auf den zivilrechtlichen Bereich beschränkt bleiben müsse; an eine Ausweitung auf den strafrechtlichen Bereich sei - allein wegen unterschiedlicher Auffassungen über die Todesstrafe - nicht zu denken (ebd.). -hol-

35 Personalabbau im öffentlichen Dienst

Der Finanzsekretär der Sonderverwaltungszone, Donald Tsang Yam-kuen, hat im Rahmen der Bekanntgabe der Haushaltspläne Anfang März angekündigt, dass innerhalb der kommenden drei Jahre 10.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut werden sollen. Der geplante Personalabbau entspricht rund 5% der gegenwärtig insgesamt 198.000 Stellen des öffentlichen Dienstes in Hongkong.

Gegenwärtig bestehe noch ein steigender Trend bei den Ausgaben für öffentliche Gehälter, die 64% der gesamten öffentlichen Ausgaben ausmachen. Der Anstieg sei auf einen wachsenden Anteil an Pensionszahlungen zurückzuführen (SCMP, 4.3.00; Radio TV Hongkong, 8.3.00, nach SWB, 10.3.00).

Bis zum Jahr 2003 soll der Personalbestand auf das Niveau von 1995 zurückgeführt werden, als Hongkong noch als britische Kronkolonie verwaltet wurde. Bis dahin wird allerdings die Hongkonger Bevölkerung um rund eine Million gegenüber dem damaligen Stand von 6,15 Mio. zugenommen haben, eine Effizienzsteigerung der Verwaltung sei daher dringend geboten (SCMP, 14.3.00).

Anlässlich der angekündigten Sparpläne reflektierte ein Kommentar der *South China Morning Post* über grundsätzlichere Fragen des Hongkonger Verwaltungssystems. Dieses sei nach wie vor von den kolonialen Organisationsstrukturen mit ihrer Betonung vertikaler Hierarchieverhältnisse geprägt, die einer modernen und effizienten Verwaltungsarbeit im Weg ständen. Daher sei zu überlegen, die horizontalen Verbindungen innerhalb der Lokalverwaltung zu stärken, indem die verschiedenen funktionalen Verwaltungsabteilungen ausgehend von spezifischen Problemlösungsbedürfnissen miteinander vernetzt würden. Die neue Generation von Bürokraten hätte ihre Aufgabe nicht länger darin zu sehen, abgegrenzte Ressorts zu betreuen, sondern vielmehr darin, je nach Problembedarf geeignete ressortübergreifende Maßnahmenpakete zusammenzustellen, die in steigendem Maß auch private Dienstleistungen beinhalten sollten: „A civil servant in

a knowledge-based society should be able to bring together packages of customised solutions that suit the needs of the individuals they are trying to assist.“ (SCMP, 14.3.00). -hol-

36 Bildungsreform

Gegenwärtig finden in Hongkong ausgiebige Diskussionen über die vorgeordnete Bildungsreform statt. Dabei wird das gesamte bisherige Bildungssystem in Frage gestellt. Weil sich die Meinung durchgesetzt hat, dass dieses veraltet und nicht zukunftsfähig ist, sollen die Pläne der Regierung umgesetzt werden, Hongkong zu einem hochwertigen Technologiezentrum zu machen. Die Hongkonger Erziehungsbehörde hat zehn Arbeitsgruppen eingesetzt, in denen rund 100 Personen damit befasst sind, Vorschläge für die Reform des Bildungssystems auszuarbeiten. Ende Juni soll ein Abschlussbericht vorgelegt werden, auf dessen Grundlage die Reformen dann schrittweise eingeführt werden sollen (vgl. dazu C.a., 1999/9, Ü 33). Von der Reform werden sowohl die Struktur als auch die Curricula und vor allem das Prüfungssystem betroffen sein, und zwar auf allen Schulstufen.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass wahrscheinlich zwei Prüfungen, die bisher über die Karriere entscheiden, wenn nicht abgeschafft, so doch in ihrer Bedeutung wesentlich herabgestuft werden: a) die Prüfungen in der 5. und 6. Grundschulklasse, die für den Sekundarschulübergang entscheidend sind, b) das Hong Kong Certificate of Education Examination (HKCEE) in der Form Six der Sekundarschule, das zum Hochschulstudium berechtigt.

a) Die entscheidenden Prüfungen für den Übergang zur Sekundarschule, Academic Aptitude Test (akademischer Eignungstest) genannt, finden im zweiten Halbschuljahr der 5. und im ersten Halbjahr der 6. Grundschulklasse statt. Auf Grund der Prüfungsergebnisse werden alle Schüler in drei Gruppen eingeteilt. Die Eingruppierung entscheidet darüber, welche Sekundarschule ein Schüler besuchen kann. Die drei Gruppen werden folgendermaßen definiert:

Gruppe 1: Schüler ist befähigt, sowohl in chinesischer als auch in englischer Sprache zu lernen.

Gruppe 2: Schüler lernt effektiver in chinesischer Sprache.

Gruppe 3: Schüler lernt effektiver in chinesischer Sprache, ist aber wahrscheinlich auch in der Lage, effektiv in englischer Sprache zu lernen. (SCMP, 14.3.00)

Entsprechend der Eingruppierung kann ein Schüler eine englischsprachige Sekundarschule besuchen, deren Qualität allgemein höher bewertet wird als diejenige chinesischsprachiger Schulen, oder er muss sich mit einer der chinesischsprachigen Schulen begnügen, die ihrerseits in verschiedene Kategorien eingeteilt sind. An diesem System wird kritisiert, dass die Eingruppierung der Kinder zu früh erfolgt, nämlich in einem Alter von elf oder zwölf Jahren, und dass sie praktisch über den weiteren Werdegang des Kindes entscheidet. Wie jetzt bekannt gegeben wurde, sollen die Prüfungen in diesem Jahr noch stattfinden, aber nicht öffentlich, sondern intern und ohne Bekanntgabe der Zensuren. Die Eltern der betr. Schüler sollen die Lehrer konsultieren und mit ihnen zusammen beraten, was für eine Sekundarschule für ihr Kind in Frage kommt. Im nächsten Jahr soll die Prüfung dann ganz abgeschafft werden, um den Kindern den Prüfungsdruck zu nehmen. (Ebd.)

b) HKCEE: Diese Prüfung soll sich grundlegend ändern. Auf jeden Fall soll die mit dieser Prüfung verbundene Platzierung der Sekundarschüler auf Grund ihrer Prüfungszensuren abgeschafft werden. In einem Beitrag in der SCMP vom 12. März legt Cheng Kai-ming, Pädagogik-Professor an der University of Hong Kong, die Gründe für die Reform dar. Er hält das System für nicht mehr kompatibel mit den Anforderungen einer hochtechnisierten Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, in der lebenslanges Lernen erforderlich ist und die Hochschulbildung breiteren Kreisen geöffnet werden muss. In Hongkong erhalten nur 18 Prozent der Sekundarschulabsolventen nach strengem Auswahlverfahren einen Studienplatz; demgegenüber werden in Singapur 20 Prozent der Sekundarschulabsolventen zur Universität und 40 Prozent zu technischen Hochschulen zugelassen, in Taiwan, Korea und Japan um 70 Prozent; selbst in Shanghai sind es 40 Pro-

zent. In Hongkong nahmen 1999 insgesamt 140.000 Kandidaten an der HKCEE teil. Von ihnen fielen 23.000 (oder 16%) in allen Fächern durch. Diese und die vielen anderen, die nicht gut abschnitten, haben keine Möglichkeit zu studieren. Sie finden aber auch keine Anstellung. Früher fanden sie als billige Arbeitskräfte Arbeit in Fabriken, doch diese gibt es heute nicht mehr. Das Bildungssystem muss gerade diesen jungen Leuten neue Wege der Weiterqualifizierung öffnen. Stattdessen schließt das gegenwärtige System, so Prof. Cheng, diese Menschen von allen Bildungsgängen aus. In Hongkong besteht ein großer Bedarf an „white-collar workers“, doch das bestehende Bildungssystem produziert weiter Massen von „blue-collars“, für die kein Bedarf mehr besteht.

Cheng plädiert für ein neues Bildungsziel. In einer Wissensgesellschaft darf der Zugang zu Wissen nicht länger ein Privileg sein. Die individuelle Persönlichkeit ist gefragt, d.h. von Angestellten werden Eigenschaften wie die Fähigkeit zu kommunizieren, selbstständig zu lernen, Konzepte zu entwickeln, kritisch zu denken, im Team zu arbeiten und Neuerungen einzuführen erwartet. Doch keine dieser Eigenschaften wird in dem gegenwärtigen Bildungssystem betont. Stattdessen beurteilen Schulen und Eltern die Schüler und Studenten nur nach den Prüfungszensuren. Und die Universitäten stützen sich bei der Zulassung zur Hauptsache auf die „A-Level“-Prüfungen. (Ebd.)

Auch die Arbeitsgruppe der Erziehungsbehörde, die sich mit dem Hochschulzulassungssystem befasst, sieht die Notwendigkeit einer Reform des bestehenden Systems. Bisher werden die Studienplätze zentral für alle tertiären Bildungseinrichtungen vergeben. Wichtigstes Kriterium dabei ist das Abschneiden in den „A-Level“-Prüfungen (Aufnahmeprüfungen für die Hochschule). Dieses System wird als zu starr und mechanisch bewertet. Nach Meinung der Arbeitsgruppe, in der die Vizepräsidenten der sieben öffentlichen Universitäten sitzen, sollte den Prüfungsergebnissen weniger Bedeutung beigemessen und stattdessen mehr Wert auf nicht akademische Elemente und das Gesamtverhalten eines Schülers auf der Sekundarstufe gelegt werden. Mit der Reform soll den ein-

zelnen Universitäten auch das Recht zugestanden werden, sich ihre Studenten selbst auszuwählen. Dies bedeutet, dass sich die Studenten direkt bei einer Universität ihrer Wahl bewerben. (SCMP, 28.2.00)

Noch ist keine Entscheidung über die vorgeschlagenen Reformen gefallen. Die Vorschläge werden auch mit Sicherheit nicht auf einmal realisiert, sondern schrittweise umgesetzt und möglicherweise zuerst in Pilotprojekten an ausgewählten Schulen ausprobiert. -st-

37 Kritik an geringeren Sozialausgaben

Die Ankündigung der Regierung, den Sozialhaushalt im Haushaltsjahr 2000/2001 nur um 9,2 Prozent anzuwachsen zu lassen, ist bei Sozialarbeitern auf Kritik gestoßen. Es sei das erste Mal in zehn Jahren, dass der Sozialhaushalt um weniger als zehn Prozent ansteige, hieß es von Seiten des Hongkonger Rats für Soziale Dienste (Hong Kong Council of Social Service), einer Dachorganisation für NGOs im sozialen Bereich. In einer Zeit, da die Gesellschaft noch mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu kämpfen habe, sei der Bedarf an sozialer Wohlfahrt enorm. (SCMP, 4.3.00) Angesichts zunehmender Aufgaben, die sich aus Arbeitslosigkeit, Alterung der Gesellschaft und wachsender Armut ergeben, sehen sich die Wohlfahrtsorganisationen vor immer größere Probleme gestellt. Nur 56 Prozent ihrer Mittel kommen aus dem öffentlichen Haushalt, den Rest müssen sie selbst einwerben. (Ebd.)

Tatsächlich ist das Hongkonger Sozialbudget mit knapp 30 Mrd. HKD im kommenden Haushaltsjahr (XNA, 9.3.00) relativ niedrig, und die Hongkonger Bevölkerung reagiert allergisch, wenn es darum geht, den Sozialhaushalt zu erhöhen, denn dies würde automatisch höhere Steuern nach sich ziehen, zumal andere Ressorts, namentlich Bildung und Umwelt, ebenfalls unterfinanziert sind. Gewerkschafter fordern denn auch Steuererhöhungen, um das Sozialwesen zu verbessern (SCMP, 8.3.00). Damit jedoch würde Hongkong ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil verloren gehen. Die Regierung ist deshalb

bestrebt, die jährlichen Steigerungsrate des Sozialhaushalts auf unter zehn Prozent zu begrenzen. (Vgl. SCMP, 4.3.00) -st-

SVR Macau

38 Edmund Hos erste Regierungserklärung

Am 29. März gab der Regierungschef der Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM), Edmund Ho Hau Wah (He Houhua), vor der Legislativversammlung seine erste Regierungserklärung ab. Präsidentin Susana Chou (Cao Qizhen) leitete die Vollversammlung der 23 Mitglieder. Nach der 40-minütigen Rede beantwortete Edmund Ho zweieinhalb Stunden Fragen der Mitglieder. Dies ist ein neuer politischer Stil, pflegte doch zu Zeiten portugiesischer Herrschaft der Gouverneur die Versammlung nach seiner Regierungserklärung zu verlassen, da er keine Fragen ihrer Mitglieder beantworten musste. In seiner Erklärung sagte der Regierungschef, dass es nach mehreren Jahren negativen Wachstums Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung gebe. „Macaus Wirtschaft hat bereits ihre schwierigste Phase überwunden.“ Als Hauptorientierung der Regierungsarbeit für dieses und die nächsten Jahre nannte er zwei grundlegende Ziele: die Schaffung solider Grundlagen und die Suche nach Reserven für eine beständige Entwicklung. „Die dringendste Angelegenheit für die Regierung der SVR ist zur Zeit die Wiederbelebung der Wirtschaft“, so Ho. „Die Regierung wird sich bemühen, ein Umfeld für offenen und fairen Wettbewerb zu schaffen, sodass die Interessen von Investoren besser geschützt werden.“ Die Regierung werde die Anwendung fortschrittlicher Technologien fördern, um die Betriebe wettbewerbsfähiger zu machen, und die Infrastruktur verbessern (es wird z.B. an den Bau einer dritten Brücke zwischen der Halbinsel Macau und der Insel Taipa gedacht), um eine nachhaltige Entwick-

lung der Region zu gewährleisten. Edmund Ho räumte ein, dass keine Besserung bei der Arbeitslosigkeit (6,6%) eingetreten und der Inlandsverbrauch nach wie vor niedrig sei. Chinas Beitritt in die Welthandelsorganisation könnte aber Macaus Wirtschaft nützen. Edmund Ho befaßte sich in seiner Regierungserklärung mit zehn Bereichen: öffentlicher Dienst (hier soll eine rationelle Organisierung ohne Verlust von Arbeitsplätzen erfolgen), Rechtsangelegenheiten, Wirtschaft, öffentliche Sicherheit (allmähliche Zusammenlegung der zwei Hauptpolizeikräfte, der Polizei der öffentlichen Sicherheit [„public security police“] und der Gerichtspolizei [„judicial police“]; Strukturverbesserungen bei Marine- und Zollpolizei; Verbesserung der Gefängnisverwaltung), Gesundheit, Bildung, Sozialarbeit, Tourismus, Kultur und Arbeit. Zwei Wochen lang wird die Legislativversammlung die einzelnen Teile der Regierungserklärung studieren und den Hauptverantwortlichen der Regierung Fragen stellen können. (RMRB, XNA, 30.3.00)

Die ersten 100 Tage des neuen Regierungschefs waren durch die Kontroverse um die 50 Mio. MPtc überschattet, die der frühere Gouverneur General Vasco Rocha Vieira im Dezember kurz vor der Übergabe von der gemeinnützigen Macau Development and Cooperation Foundation, deren Vorsitz er innegehabt hatte, auf seine neu gegründete „Jorge-Alvares-Stiftung“ in Lissabon transferiert hatte. (S. C.a., 2000/1, Ü 39.) Der General bewies schlechten Stil, als er ausgerechnet am Tag der Regierungserklärung eine Erklärung an die Medien in Macau faxen liess, dass bei dem Transfer „überhaupt nichts Illegales“ geschehen sei. In seiner ersten Erklärung nach Ausbruch des Streits gab er an, dass er über die Geldüberweisung geschwiegen habe, weil er eine Untersuchung in die Angelegenheit nicht beeinflussen wollte. Auch wollte er nicht „der Beziehung der guten Zusammenarbeit und des Verständnisses zwischen Portugal und Macau schaden“. Fünf Tage zuvor hatte Regierungschef Edmund Ho verkündet, die - noch nicht veröffentlichten - Untersuchungen einer dreiköpfigen Kommission wiesen darauf hin, dass der Transfer „in einer Grauzone des Rechts“ erfolgt sei. Der Demokratieaktivist Antonio Ng

Kuok-cheong, Mitglied der Legislativversammlung, sprach gar von Diebstahl. (SCMP, 30./31.3.00) -ljk-

39 Edmund Ho scheidet aus dem Ständigen Ausschuss des NVK aus

Der Regierungschef der SVRM, Edmund Ho, legte sein Amt als Mitglied des Ständigen Ausschusses des NVK nieder, da Regierungsbeamte nach dem Grundgesetz des NVK diesem Gremium nicht angehören dürfen. Die 3. Tagung des IX. NVK bestätigte am 15. März den Beschluss der 14. Sitzung des Ständigen Ausschusses des IX. NVK vom Februar, Edmund Hos Rücktrittsgesuch anzunehmen. (RMRB, 16.3.00) Bereits im Januar war er von seinen Posten als stellvertretender Vorsitzender des VIII. Exekutivkomitees des Allchinesischen Industrie- und Handelsverbands (All-China Federation of Industry and Commerce [China Non-governmental Chamber of Commerce]) zurückgetreten. (RMRB, 21.1.00) -ljk-

40 Neue Hochschule gegründet

Im März wurde die Macau University of Science and Technology gegründet. Mit den relevanten Kursen wird im September begonnen werden. Es handelt sich um eine private Einrichtung, die von mehreren prominenten Personen Macaus gefördert wird. Präsident Zhou Ligao kündigte an, dass die Universität vier Fachbereiche umfasst: Management und Verwaltung, Informationstechnologie, Recht und chinesische Medizin. Professoren sollen auch vom Festland und aus Hongkong eingeladen werden. (XNA, 31.3.00) Dies ist die fünfte höhere Lehranstalt in Macau neben der University of Macau (1981 gegründet; zu ihr gehört ein Institut für Europäische Studien) und dem Macau Polytechnic Institute (1991 gegründet), beides staatliche Einrichtungen, sowie dem Macau Institute of Tourism Education und dem Kiang Wu Nursing College of Macau (am 16. November 1999 gegründet; das College ging aus der 1923 gegründeten Krankenpflegeschule hervor, der ersten, von einem ortsansässigen Chinesen errichteten nicht-staatlichen Fachschule). -ljk-